



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 192. Ratssitzung vom 30. März 2022**

### **5172. 2021/191**

#### **Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.04.2021: Pilotprojekt für ein Angebot an Wohnraum für Obdachlose und Suchtkranke in Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Willi Wottreng (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3895/2021):** Traditionellerweise versucht man in der Sozialpolitik langjährige Obdachlose und Suchtkranke mit mündlichen Vereinbarungen und vertraglichen Verpflichtungen schrittweise dazu zu führen, dass sie eine betreute Wohnung beziehen und später normal in einer solchen Wohnung leben können. Die Wohnung ist also gewissermassen der Höhepunkt der Integration. Das kann mit einem gewissen pädagogischen Druck verbunden sein. Wir schlagen vor, dass man in einem Pilotprojekt den Anfang und das Ende vertauscht. Damit soll versucht werden, neue Türen aufzustossern. Es soll ein Pilotprojekt angegangen werden, das sich am Prinzip «Housing First» orientiert. Obdachlosen und Suchtkranken, die das wünschen, soll in Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution Wohnraum organisiert und zur Verfügung gestellt werden. Wir regen an, das in Zürich zu versuchen, wo man eine innovative Sozialpolitik machen will. Das europäische Modell ist auch in der Stadt Basel in Erprobung. Dort ist die Heilsarmee damit beauftragt. Am Jahresanfang haben zwanzig Personen eine «Housing First»-Vereinbarung abgeschlossen. Siebzehn von ihnen fanden damit eine Wohnmöglichkeit und konnten Mietverträge mit kooperierenden Vermietern abschliessen. Ein Heilsarmeevertreter schreibt mir in einer E-Mail, «wir verwalten diese Wohnungen nicht, sondern die Menschen haben einen eigenen Mietvertrag und eine eigene Wohnung durch «Housing First» erhalten». Es geht um freies Wohnen in den Quartieren und nicht in Ghettos von Sozialfällen oder wo ein Portier überprüft, wer ein- und ausgeht; wo eine Bewachung täglich inspiziert, was die Person in ihrer Wohnung macht oder ein Sozialinspektor mindestens einmal im Jahr vorbeischauf. Es ist ein Wohnen ohne einen gekoppelten Beherbergungs- und Betreuungsvertrag. Natürlich werden es nicht «Gammelwohnungen» sein, sondern Wohnungen, die Würde ermöglichen. Es gibt eine Bezugsperson, zu der die Betroffenen Kontakt aufnehmen können, dies aber nicht müssen. Es ist keine Zwangsbegleitung und die Nachbarn müssen nicht wissen, dass dort eine langjährig suchtkranke Person wohnt. Finanziert wird das Angebot durch Ergänzungsleistungen oder durch die Sozialhilfe. Internationale Erfahrungen zeigen, dass «Housing First» Verbesserungen für die Einzelnen und für die gesamte Gesellschaft bringen kann. In Wien leben beispielsweise rund 600 Personen nach diesem Konzept. Bei einem Grossteil von ihnen hat sich die Gesundheit offenbar verbessert und ein Teil fand eine Arbeitsstelle. Am 22. September 2021 betitelte die NZZ «Zuerst eine Wohnung, dann alles andere: Finnland bekämpft die Obdachlosigkeit sehr erfolgreich». In Basel gehören zum Kreis derer, die*



man für das Projekt interessieren will, auch sogenannte «Rough Sleepers»; früher nannte man sie «Clochards». Ich mobilisierte all meinen Mut zur politischen Unkorrektheit und fragte im Gespräch mit der Heilsarmee, was denn sei, wenn sich jemand schlecht verhalte oder beispielsweise stinke. Mir wurde freundlich geantwortet, dass dann das Risiko besteht, dass sie oder er die Wohnung verliert, wie das auf dem freien Wohnungsmarkt der Fall wäre. Das würde sich die Person wie auf dem freien Wohnungsmarkt überlegen. Tatsächlich erhielten in diesem Jahr drei Personen eine Kündigung, aber auch drei Personen neu eine Wohnung. Ich fragte nach, ob sie vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen empfehlen würde, dass an anderen Orten auch solche Pilotversuche aufgegleist werden. Die Antwort war: «Ich empfehle wärmstens das Einführen von «Housing First»». Als Gründe führte er Menschlichkeit, Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema der Obdachlosigkeit, generell ein Bezug der Politik und die Förderung von Sozialkompetenz und Zivilcourage auf; «man kann auch mit Nachbarn reden, man muss sich nicht immer gleich bei der Verwaltung beschweren.» Die ersten drei Monate in der eigenen Wohnung seien für alle Beteiligten sehr schwierig. Trotzdem geht der Ansatz «Housing First» davon aus, dass Menschen erst mit einem sicheren Zuhause und mit einer unbefristeten eigenen Wohnung in der Lage sind, auch andere Probleme anzugehen und ihre Lebenssituation insgesamt zu stabilisieren. Wir wissen, dass die Sozialpolitik gerne alles unter Kontrolle hat. Das wird in der negativen Ausprägung eine verwaltende Sozialpolitik, in der Freiheit die Belohnung für Wohlverhalten ist. Im Projekt «Housing First» würde man mit der Freiheit beginnen, also mit dem Risiko; das ist in einem Pilotprojekt überschaubar und hat Aussicht auf einen sozialen Gewinn.

**Samuel Balsiger (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 2. Juni 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Vorher ging es um gratis Geld beim Grundeinkommen, jetzt geht es um gratis Wohnungen beim «Housing First». Sie können doch nicht überall alles gratis machen, das Geld den Bürgern aus der Tasche ziehen und in Ihre Projekte stecken. Vor einigen Jahren war ich mit der sip züri (Sicherheit, Intervention, Prävention) unterwegs, ging bei den Obdachlosen vorbei und war auch bei Pfarrer Sieber vor Ort. Sip züri sagte mir, wie auch auf der Homepage der Stadt festgehalten wird, dass viele Obdachlose es vorziehen, draussen zu schlafen. Sie wollen nicht in die eigenen vier Wände einer festen Wohnung ziehen. Wenn sie während Jahren draussen schlafen, dann kann es beengend wirken, wenn sie plötzlich in einem Raum quasi eingesperrt sind. In Zürich gibt es zwei bis drei Dutzend Obdachlose. Wir haben kein Problem. Der Grundsatz in unserem Staat bleibt, dass Sie für Ihre Leistung arbeiten müssen, dass nichts kostenlos ist und dass Sie für Ihr Leben Verantwortung übernehmen müssen. Wer das nicht kann, zum Beispiel zu viel Zucker und Fett isst, ist in erster Linie selbst verantwortlich. Genauso sind die Menschen, die obdachlos sind, selbst für ihr Leben verantwortlich. Wenn sie aus der Obdachlosigkeit raus wollen und Hilfe brauchen, gibt es in der Stadt genügend offene Arme und Herzen, die diese Menschen auf ihrem Weg in eine Selbstständigkeit unterstützen. Diese Menschen müssen das aber wollen. Eigenverantwortung bleibt das Zauberwort für ein erfolgreiches Leben und eine erfolgreiche Gesellschaft. Sie wollen das Gegenteil. Sie wollen keine erfolgreiche Gesellschaft, sondern einen Staat, der den Menschen rundum von der Kinderkrippe bis in den Tod betreut und dabei alles vorschreibt. Das ist ihr Menschenbild, hat aber nichts mit einem positiven Menschenbild zu tun.



3 / 3

Das Postulat wird mit 82 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat